

Völlig abgebrannt

Die EU-gemäße Haushaltspolitik sorgt bei Italiens Feuerwehr für katastrophale Zustände. Wachsender Widerstand der Gewerkschaften

Raoul Rigault

Mit einer rigorosen Sparpolitik wird die Schuldenkrise überwunden, die Eurozone wieder wettbewerbsfähig und die gesamte EU zu einem Erfolgsmodell. So das Märchen, mit dem die Regierenden des Alten Kontinents ihre Bürger ruhig stellen wollen. Doch der Glaube daran schwindet nicht nur weil die Wirtschaftsdaten dürrig bleiben, sondern auch weil die verheerenden Folgen dieser Schrumpfkur in der sozialen Absicherung immer spürbarer werden. Wie man selbst existenziellste staatliche Dienste kaputtsparen kann, zeigt beispielhaft die italienische Feuerwehr.

Anfang Juni reichte es der linken Basisgewerkschaft USB, die seit langem in der Berufsgruppe über eine starke Verankerung verfügt und traditionell Speerspitze des Widerstandes der "*Vigili del Fuoco*" ist und sich auch politisch gegen die Militarisierung der Berufsgruppe und den Missbrauch für Zwangsräumungen wehrt. Sie rief zum landesweiten Streik "gegen die Prekarisierung des Rettungsdienstes, der eine 'Teilzeitrettung' schafft". Das "Neuordnungsprojekt" habe "die Rettungsmaschine massakriert", indem sie die Gruppen der Spezialkräfte, wie Taucher, Hubschrauberbesatzungen und Telekommunikation permanent reduziert. "Die ständige Einsatzbereitschaft ist inzwischen bis auf die Knochen zusammengeschrumpft. Das Großteil der Kommandos ist nur noch in der Lage eine Mannschaft für das gesamte Zuständigkeitsgebiet zu garantieren. Die für die Rettung bestimmten finanziellen Mittel sind unzureichend: Uralte Fahrzeuge, mangelnde Ausrüstung, Dienstgebäude mit Probleme sowohl in hygienischer und sanitärer als auch in struktureller Hinsicht bilden die Realität der Berufsfeuerwehren. Das spiegelt die Logik der Kürzungen im Öffentlichen Dienst wider, die direkte Auswirkung auf die Sicherheit der Bürger haben." Die "Feuerwehrleute müssen helfen können", appelliert die Basisgewerkschaft, "nicht selbst hilfsbedürftig sein".

Doch genau das ist die Situation. Die nur 30.000 aktive Kräfte in ganz Italien rücken, unterstützt von 5.000 Verwaltungsangestellten, Inspektoren und leitenden Beamten, jedes Jahr zu 730.000 Einsätzen aus. Im Schnitt zweitausend pro Tag. Selbst nach Einschätzung des Sprechers des moderaten Berufsgruppenverbandes CONAPO, Riccardo Boriassi, fehlen mindestens 3.500 Mann. Verschärft wird die Lage durch den Personalschlüssel der berüchtigten "*Spending Review*". Diese unter dem Druck von EU-Kommission und Europäischer Zentralbank beschlossene "Ausgabenprüfung" für den Öffentlichen Dienst der Halbinsel sieht vor, dass im letzten Jahr nur noch 55 von hundert aus dem Dienst scheidenden Mitarbeitern ersetzt wurden.

Die Konsequenzen könnten haarsträubender kaum sein. Zum einen stieg dadurch auch das Durchschnittsalter auf über 50 Jahre, während in Deutschland aufgrund des hohen körperlichen Verschleißes noch immer eine Verrentung mit 60 gilt. Zum anderen müssen zum Teil Hilfen aus anderen Städten herbeigerufen werden. "Vor einigen Wochen gab es ein Feuer in einem dreistöckigen Wohnhaus in Padua. Es gab nicht genug Einsatzkräfte im Dienst, deshalb mussten Verstärkungen aus Mailand kommen", berichtet der zuständige USB-Sekretär Antonio Jiritano. Das heißt aus 250 Kilometer Entfernung. "Da muss man sich nicht wundern", erklärt er trocken. "In Italien kommt im Schnitt ein diensthabender Feuerwehrmann auf 15.000 Einwohner. Das liegt weit unter den europäischen Standards".

Unter den gegenwärtigen Bedingungen dürfte es aber auch bei einer anderen Einstellungspolitik nicht einfach sein, genug gute Leute zu bekommen, denn seit sieben Jahren verweigern die wechselnden Regierungen von Silvio Berlusconi über den ehemaligen EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti bis zum aktuellen Ministerpräsidenten Matteo Renzi die Erneuerung des Tarifvertrages für den Öffentlichen Dienst. Dabei liegt das Durchschnittsgehalt der "Pumpenmänner", wie sie umgangssprachlich auch genannt werden, bereits heute nur bei rund 1.300 Euro im Monat, aus denen zum Ende des Berufslebens maximal 1.500 bis 1.700 Euro werden. In der Bundesrepublik sind es im Mittel 3.051 Euro! Eine bemerkenswerte Kluft auch im Vergleich zur Polizei. Die italienischen "Ordnungshüter" verdienen in den niedersten Rängen 300 Euro und im gehobenen Dienst 700 Euro mehr. Obendrein müssen die Feuerwehrleute, wie im Fall der Mailänder EXPO, zum Teil monatelang auf die Bezahlung geleisteter Überstunden warten.

Um die Lücken in der Personaldecke zu stopfen, wurden die sogenannten "nicht-ständigen Feuerwehrleute" erfunden. Die Zahl dieser hochgradig prekären und schlecht ausgebildeten Hilfstruppen beläuft sich laut Kennern der Materie auf 40 bis 60.000 Personen. Offizielle Zahlen gibt es nicht. Bis 2014 hatten ihre Arbeitsverträge eine Dauer von höchstens 20 Tagen. Seit letztem Jahr sind es nur noch 14 Tage. Natürlich verfügen sie nicht über die Absicherungen ihrer festangestellten Kollegen und überleben zwischen den Beschäftigungszeiträumen nur dank einer mageren Arbeitslosenhilfe. Es gibt jedoch starke Anzeichen dafür, dass selbst die Zahl dieser Aushilfen im Zuge der Umsetzungsdekrete der Madia-Reform schleichend auf Null heruntergefahren werden, um Geld zu sparen. Gleichzeitig sollen, wie in Genua, Teile des Dienstes privatisiert werden.

Dagegen und gegen den Mangel an Schläuchen, Sprungtüchern, Bolzenschneidern, Leitern und anderen wichtigen Ausrüstungen selbst in der Hauptstadt Rom wenden sich nun zunehmend auch die Fachgruppen der eher behäbigen, sozialpartnerschaftlichen großen Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL. Am 15. Juni 2016 veranstalteten sie in der Hauptstadt eine gemeinsame Großdemonstration vor dem Parlament, nachdem bereits zuvor in den Regionen mehrere Tausend Beschäftigte auf die Straße gegangen waren. Vor Arbeitsniederlegungen schrecken sie allerdings noch zurück. Trotz der tiefen Kluft zwischen den Organisationen ist ihre Basis zu einem erheblichen Teil schon weiter. Während sich laut Innenministerium am Streik der kleineren, aber kämpferischeren USB am 11. Juni erklärtermaßen "nur" 16,3 Prozent beteiligten, waren weitere 37,5% der betroffenen Schicht an diesem Tag krankgeschrieben, nahmen Urlaub oder feierten

Überstunden ab. Eine selbstorganisierte Einheit für verstärkten Widerstand, die in dem von der USB für den Herbst geplanten Generalstreik weitere Fortschritte machen könnte.

Raoul Rigault aus junge Welt vom 11.7.2016 in der ungekürzten und unveränderten Fassung - wir danken dem Autor!